

Gerechtigkeit – eine Predigt?

Fastenpredigt von Wolfgang Kessler, 26.02.2023, St.Gallus, Tett nang

Ich denke, die Zeit, zu der Jesus gelebt hat, war bestimmt nicht besser als unsere. Im Gegenteil.

Es waren Zeiten der Gewaltherrschaft, des Hungers, der Ausbeutung, des Kampfes aller gegen alle.

In diese Zeit bürstet Jesus die Wirklichkeit gegen den Strich: Er preist die Sanftmütigen, nicht die Aggressiven; er preist jene, die nach Gerechtigkeit hungern. Sie sollen satt werden; er preist die Barmherzigen
Jesus wendet sich gegen den Trend der Zeit, fordert Veränderung, eine Umkehrung der herrschenden Werte.

Ich gebe gerne zu, die Seligpreisungen aus der Bergpredigt sind nicht einfach auf heute übertragbar.

Aber eines könnten wir lernen: In Krisenzeiten braucht es Veränderung, es braucht die Umkehrung des Trends

Auch heute ist so eine Zeit.

Sie ist oft schwer erträglich. Da tobt seit einem Jahr ein brutaler Angriffskrieg in Europa, der zig Tausende Tote fordert und ganze Städte zerstört.

Seine Folgen sind auch bei uns spürbar: Menschen fliehen zu uns.

Die Preise steigen, so dass es manchen an die Existenz geht; die Zukunftsangst ist groß.

Dazu zieht sich da immer noch die Corona-Krise hin und wir wissen nicht, ob sie überwunden ist.

Und über allem schwebt seit Jahrzehnten dramatisch die Klimakrise, die wir seit langem kennen – deren Dringlichkeit wir aber erst jetzt begreifen, da die Erde mal zu verglühen, mal zu ertrinken droht oder durch einen Hurrikan erschüttert wird.

Es wäre falsch, alle diese Krisen über einen Kamm zu scheren.

Auffällig ist jedoch, dass uns diese Krisen wie durch ein Brennglas die großen Probleme unseres Wirtschaftens vor Augen führen, die wir gerne unter den Teppich kehren –

Uns schwant auch, dass diese Krisen große Veränderungen auch von uns verlangen, die wir nur bewältigen können, wenn es möglichst gerecht zugeht – für alle.

Deshalb geht es heute um Gerechtigkeit.

Wir wussten alle schon vor Corona, dass die Kluft zwischen Ärmern und Reichen in Deutschland stetig wächst.

15 Millionen Menschen sind von Armut bedroht.

Der Anteil für die zehn Prozent reichsten Deutschen wächst seit vielen Jahren.

Aber es war das Virus, das uns die sozialen Risse vor Augen führte, die diese Zahlen bedeuten:

Die Risse

- zwischen angestellten Gutverdienern im Home-Office und prekär Beschäftigten in Schlachthöfen und im Paketdienst;

- zwischen Frauen und Männern und ihren unterschiedlichen Rollen;
- zwischen jenen, die am Stadtrand mit Garten leben und jenen in Hochhäusern;
- zwischen Kindern aus Mittelstands-Familien und jenen aus ärmeren Familien, denen es an Geräten für das digitale Lernen und der notwendigen Unterstützung fehlt;

Und die Corona-Krise hat uns auch viel gelehrt über unser Gesundheits- und Pflegesystem.

Plötzlich viel Politikerinnen und Politikern auf, dass in Krankenhäusern keine Schutzanzüge und Masken vorgehalten werden, dass es zu wenig Personal gibt, dass in Pflegeheimen und Krankenhäusern auf Teufel komm raus gespart wird. Viele erlebten dies schon vorher, doch während der Corona-Krise wurde es offensichtlich.

Es wurde klar, dass dies Folgen der Politik der vergangenen 25 Jahre sind. Gesundheit und Pflege ist zu einer Ware geworden.

Und jetzt wird sie gehandelt.

Ich habe das selbst erlebt, als ich leider gezwungen war, einen Pflegeheim-Platz für meine Frau zu suchen.

Ich begann im Pflegeheim der 15.000 Einwohner-Stadt, in der wir wohnen -und erfuhr zu meiner Überraschung, dass dieses Pflegeheim nicht Caritas oder Diakonie gehört, sondern einem Finanzinvestor aus den USA.

Sie füttern ihre Anleger mit dem Geld der deutschen Pflegekasse.

Inzwischen besitzen Finanzinvestoren und Großkonzerne 35 Prozent der Krankenhäuser und 25 Prozent aller Pflegebetten.

Krankenhäuser und Pflegeheim müssen Renditen erwirtschaften.

Sie rechnen nach Fallpauschalen ab.

Bevorzugt werden Operationen, die viel Geld bringen.

Löhne sind Kosten, überall wird gespart.

Viele wussten es, doch jetzt fällt es allen auf.

Es besteht kein Zweifel:

Unter diesen Bedingungen haben sich die deutschen Ärzte und Pflegekräfte in der Corona-Krise hervorragend geschlagen.

Trotzdem gilt, was der Hamburger Ärztepräsident, Pedram Emami, so ausdrückt: „Wir haben die perverse Situation, dass der Druck des Geldes über dem medizinischen Sachverstand steht“.

Und seit dem russischen Angriff auf die Ukraine spüren wir umso stärker, was wir in Sachen Klimakrise versäumt haben.

Die Knappheit an Gas mit stark steigenden Preisen, hohe Preise für Öl und damit einhergehend eine Preissteigerungsrate von knapp zehn Prozent für viele Produkte des täglichen Lebens trifft alle, aber die sozial Benachteiligten, die Alleinerziehenden, die Kinderreichen, die Arbeitslosen besonders hart.

Existentiell dramatisch wird die Lage, weil die gegenwärtige Entwicklung das Ende unseres Wohlstandsmodells anzeigt.

Das deutsche Wohlstandsmodell beruht auf der Verbrennung von preiswerten fossilen Energiequellen wie Kohle, Öl und Gas - und leicht verfügbarer Rohstoffen. Mit diesen preiswerten Ressourcen produzierten wir Wachstum und einen ständig steigenden Lebensstandard.

Doch die Verbrennung dieser fossilen Ressourcen verändert seit Jahrzehnten das Klima, heizt es auf – mit jährlich katastrophaleren Folgen.

Dazu sterben Arten aus, die Regenwälder werden abgeholzt, die Meere vermüllt. Und die schockierendste Erkenntnis lautet: Diese Krise ist gekommen, um zu bleiben.

Hinzu kommt: Große Teile dieser fossilen und anderen Rohstoffe kommen nicht aus Deutschland.

Sie kommen oft aus Staaten, die das Modell der westlichen Demokratie mit ihren individuellen Freiheiten tatkräftig bekämpfen.

Wir erleben hautnah den Preis eines Wohlstandsmodells auf der Grundlage preiswerter fossiler Energien und sehen uns nun in einem Teufelskreis: Steigende Preise für Gas und Öl und Lebensmittel verschärfen die Armut und die soziale Spaltung.

Gleichzeitig können wir nicht zu billiger fossiler Energie zurück, weil diese die Klimakrise weiter antreibt, die die Welt zu verglühen oder zu ertränken droht. Und wenn wir fair sind, müssen wir sagen: Wir sind längst nicht am stärksten von dieser Krise betroffen.

Weltweit wächst die Zahl der Hungernden. Gleichzeitig besitzen die acht reichsten Menschen der Welt so viel wie 49 Prozent der Menschheit.

Angst und Verzweiflung gehen um.

Wir leben in einer Übergangs-Gesellschaft.

Viele Menschen spüren, dass das alte, bisherige Modell von Wachstum und Wohlstand nicht mehr trägt –

Aber ein neues ist noch nicht fühlbar, nicht greifbar, nicht vorhanden.

Diese Lage fördert Unsicherheit – sie ist gefährlich.

Es braucht grundlegende Veränderungen, doch sie werden nur akzeptiert, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass es dabei gerecht zugeht.

Versuchen wir es – mit vier Ideen:

1. Sorgen wir für eine gerechtere Verteilung des Reichtums, ohne die Reichen zu Feinden zu stempeln

Jede Krise trifft die prekär Beschäftigten, die Kinderreichen, die Alleinerziehenden, die Armen besonders hart.

Und die geplante Aufrüstung könnte diese Entwicklung verstärken.

Es gibt viele Vorschläge.

Einer hat mich besonders beeindruckt.

Nämlich der nach einem neuen Solidaritätszuschlag, der sich gerecht an der jeweiligen Steuerlast orientiert und deshalb jene mit höheren Einkommen höher belastet, ohne Vermögen zu verteufeln.

Es bezieht stattdessen alle Steuerzahlenden ein, doch die, die mehr tragen können, müssen mehr tragen.

Dann wäre genügend Geld vorhanden, um mehr Hilfe für die Schwächeren zu finanzieren, gerechte Bedingungen in der Pflege, im Gesundheitssystem, in Bildung, in Kitas und zur Finanzierung einer Kindergrundsicherung.

Und all dies ohne neue Schulden für künftige Generationen.

2. Befreien wir den Sozialstaat vom Diktat der Rendite:

Gesundheit, Pflege, öffentlicher Verkehr, Wasser, sozialer Wohnungsbau sind öffentliche Aufgaben und müssen so organisiert werden, dass die Rendite keine Rolle spielt.

Doch der Renditedruck beherrscht immer Sektoren der Wirtschaft – und er trifft die Beschäftigten und die Mieter, Pflegebedürftigen und Kranken hart
Notwendig ist ein neues Finanzierungsmodell für Krankenhäuser, das den Menschen dient und nicht dem Profit.

Wenn der Mensch mehr zählen soll als der Profit, dann müssen die Kommunen oder gemeinnützige private Träger Krankenhäuser und Pflegeheime übernehmen.

Und überfällig ist eine Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegesystem, die nicht Privatversicherungen fördert, sondern dafür sorgt, dass alle Bürgerinnen und Bürger nach ihren finanziellen Möglichkeiten in das gleiche System einzahlen.

Österreich zeigt, dass dann die Beiträge für alle niedriger sind und Gesundheit und Pflege auskömmlich finanziert werden können.

Klimaschutz ist von zentraler Bedeutung.

Um wegzukommen von fossilen Energien braucht es höhere Preise durch höhere Abgaben. Es braucht Abgaben auf fossile Produkte, damit diese teurer werden und eingespart werden.

Aber das ist kritisch, weil jene im Vorteil sind, die viel Geld haben und sich dann immer noch alles leisten können.

Meine Antwort: Nicht, wenn man es gerecht organisiert.

Blicken wir in die Schweiz

Schon 2008 führte die Schweizer Regierung eine CO₂-Abgabe auf Heizöl und Erdgas ein. Sie beläuft sich nicht auf 30 Euro wie in Deutschland, sondern auf 120 Euro pro Tonne Kohlendioxid.

Doch Konflikte um den hohen CO₂-Preis gibt es kaum. Der Grund: Die Einnahmen aus der Abgabe von umgerechnet rund einer Milliarde Euro pro Jahr werden an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt.

Jede Person, Kinder eingeschlossen, erhält den gleichen Betrag. Im Jahre 2020 waren dies umgerechnet 90 Euro pro Person, eine vierköpfige Familie erhielt 360 Euro.

Gleichzeitig sank der CO₂-Ausstoss beim Heizen in der Schweiz in den vergangenen sechs Jahren um rund 24 Prozent.

Damit wird Geld umverteilt von Klimaverbrauchern zu Klimaschützern, von wohlhabenden Haushalte, die mehr Energie verbrauchen, zu ärmeren Haushalten.

Klimaschutz und Gerechtigkeit – das geht, wenn man die Einnahmen aus den Ökosteuern an die Bürger zurückverteilt.

Eine Globalisierung, die nur nach billigen Rohstoffen und Billigprodukten giert, schafft Abhängigkeiten, auch von Diktaturen, wie wir dies gerade erleben. Sie fördert Niedriglöhne und bedroht Umwelt und Klima.

Es braucht einen gerechten Welthandel,

- in dem die Steueroasen als Steuersparinseln ausgetrocknet und alle Konzerne immer eine Mindeststeuer von 20 Prozent bezahlen.

- in denen Konzerne verklagt werden können, wenn in ihren Fabriken oder in denen von Zulieferern Menschenrechte verletzt werden

- und einen Welthandel, in dem umweltzerstörende und ausbeutende Produkte mit höheren Zöllen belegt werden als faire und nachhaltige Produkte.

Beispiel Baumwolle.

Konventionelle Baumwolle fordert oft Hungerlöhne, die Pflücker und Böden werden mit Pestiziden besprüht, der Wasserverbrauch ist hoch. Die Zölle sind niedrig.

Denken wir die Alternative: Die Zölle sind nur dann niedrig, wenn es sich um fair gehandelte Biobaumwolle handelt.

Es war der ehemalige Entwicklungshilfe-Minister Gerd Müller, der aus der Katholischen Jugend stammt, der dies versucht hat. Doch er ist leider gescheitert. Doch wenn es gelingt, dann belohnt der Handel nicht Ausbeutung von Mensch und Umwelt, sondern

Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Natürlich sind dies politische Maßnahmen.

Doch: Was heißt all das für uns?

Wenn sich die Welt verändern soll, sollten auch wir uns ändern; sollten auch wir versuchen, unseren Wohlstand so umzustellen, dass er für andere gerecht und für das Klima verträglich ist.

Fünf Ideen:

1. Konsumieren wir bewusst und fragen, ob die Waren im Einklang mit der Natur produziert, unter menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und zu gerechten Löhnen hergestellt wurden.

2. Sorgen wir dafür, dass unsere Ersparnisse für eine nachhaltige und gerechte Wirtschaftsweise arbeiten.

3.

Stärken wir unsere nähere Umgebung: die Beziehungen zu den Nachbarn, kaufen wir in den Geschäften, die es vor Ort gibt, sonst gibt es bald keine mehr; nutzen wir die Hofläden, die Wochenmärkte.

4. Setzen wir andere Akzente in unserem Leben: Essen wir anders, reisen wir anders; kaufen wir Secondhand, lassen wir Produkte reparieren, statt alles neu zu kaufen.

Es gibt ein Unternehmen in Tettngang, das nach diesen Prinzipien zu arbeiten versucht.

5. Leben wir gemeinsam statt einsam und teilen. Es gibt viele Möglichkeiten: Vernetzte Nachbarschaften; gemeinsames Wohnen – Wohnen in Mehr-Generationen-Häusern; die gemeinsame Pflege von Ländereien und Gärten. Das Teilen von Produkten.

Versuchen wir es mit jenem Spirit, den die junge Poetin Amanda Gorman bei der Vereidigung von Joe Biden in einem Gedicht ansprach.

Ich weiß nicht, ob sie Christin ist.

Doch was sie bei der Vereidigung von Joe Biden als Spirit formuliert, klang für mich nach der gleichen Hoffnung, wie sie auch am Ende der Seligpreisungen anklingt: Ihr seid das Licht...

Die letzten vier Zeilen des Gedichts von Amanda Gorman lauten

»Die neue Morgendämmerung erblüht, wenn wir sie befreien. Denn es gibt immer Licht,

wenn wir nur mutig genug sind, es zu sehen

wenn wir nur mutig genug sind, es zu sein.«

Wolfgang Kessler, in Ravensburg geboren, promovierter Ökonom, arbeitet seit 1983 als Wirtschaftsjournalist. Von 1999 bis 2019 war er Chefredakteur von Publik-Forum. Er wurde 2007 mit dem Internationalen Bremer Friedenspreis und 2021 mit dem Walter Dirks für „engagierten Journalismus ausgezeichnet.

2019 erschien sein Buch: „Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern“ Publik-Forum (15 Euro)

2021 erschien das Erklärbuch „Macht Wirtschaft! Ökonomie verstehen – und verändern. Publik-Forum. „Das Buch erinnert mich an die Sendung mit der Maus,

weil es komplizierte ökonomischen Sachverhalte einfach erklärt“, schrieb Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung (20 Euro)